

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/07/2024

**über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 10.07.2024,
Ahrensburg, Kleingartenanlage 'Wulfsdorfer Weg'**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke

Stadtverordnete/r

Frau Elke Dullweber
Herr Arthur Klaus Korte i. V. f. Herrn Koop
Herr Christian Schmidt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Julian Wagner ab 19:41 Uhr

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Rolf Griesenberg bis 21:35 Uhr
Herr Béla Randschau

Verwaltung

Herr Peter Kania
Herr Jan Richter
Frau Stefanie Kubitza
Herr Steffen Pollmann
Frau Claudia Cornehl Protokollführerin

Gäste

Annette Kraus Vorsitzende Kgv. Ahrensburg
e. V.
Kristin Lundin Kgv. Ahrensburg e. V.
Jutta Wendler Kgv. Ahrensburg e. V.

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete/r

Frau Michaela Knaack
Herr Marten Koop
Herr Tim Schoon

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2024 vom 02.05.2024
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2024 vom 12.06.2024
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Abschlussbericht Förderprogramm Privater Energieerzeugungsanlagen
 - 7.2.2. Aalfangpark, öffentlicher Grillplatz
 - 7.2.3. Öffentliche Fläche im Waldemar-Bonsels-Weg
 - 7.2.4. Straßenbaum in Schiefelage
 - 7.2.5. Baumaßnahme „Alte Reitbahn“
 - 7.2.6. Schottergärten
 - 7.2.7. Muslimisches Grabfeld auf dem neuen Teil des Friedhofs
 - 7.2.8. Müllgefäße im Bereich des Wochenmarktes/Rathausplatz
 - 7.2.9. PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften
 - 7.2.10. Konzept für Klimaanpassung des Kreises Stormarn
 - 7.2.11. Bericht zur S4
8. Ahrensburg Mobil (Projekt-Nr. 810 - Mobilitätskonzept) - Konzept und Investive Maßnahme **2024/033**

- 9. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2024 **2024/047**
- 10. Sachstandsbericht Kommunale Wärmeplanung
- 11. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 11.1. Überörtliche Radschnellwege
- 11.2. Heckenrückschnitt
- 11.3. Plakatierung der „Fridays for Future“-Bewegung

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Kraus und Frau Lundin vom **Kleingartenverein Ahrensburg e. V.**, bedankt sich für die Möglichkeit zur Durchführung dieser Sitzung innerhalb der vereinseigenen Räumlichkeiten und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladungen zur Sitzung erfolgten form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr **Jürgen Siemers** nimmt gleichlautend zur BPA-Sitzung am 03.07.2024 Bezug auf die Brücke Brauner Hirsch und erinnert daran, dass die Fahrbahn der Straße Brauner Hirsch nach dem Ergebnis der damaligen Zukunftswerkstatt lediglich 5,50 m breit werden sollte.

Nach seiner Auffassung sollte an der Planung festgehalten werden, im Braunen Hirsch zwischen Hamburger Straße und der BAB A1 keine Schwerlastverbindung für die Hamburger Bürger herzustellen.

Die Verwaltung antwortet hierzu, dass eine Abwägung im Rahmen des zuständigen BPA-Ausschusses, nach Vorbereitung durch die Arbeitsgruppe, erfolgt.

Gleichzeitig werden die gesetzlichen Bestimmungen zur Möglichkeit einer Begegnung von landwirtschaftlichen Fahrzeugen bzw. ÖPBV umgesetzt werden müssen.

Des Weiteren teilt er mit, dass die Vereine sowie er als Privatperson Eingaben zur LAP Stufe 4 gemacht haben. Ein entsprechendes Schreiben liegt der Verwaltung vor und wird diesem Protokoll in **Anlage** beigelegt. Aus seiner Sicht sind die Ausführungen zur LAP nicht belastbar bzw. wurden die politischen Beschlüsse seitens der Verwaltung nicht umgesetzt.

Herr **Kai-Uwe Fleischer** bittet um Mitteilung, wann die Linden in der Großen Straße den 2009 beschlossenen Formschnitt bekommen. Des Weiteren ist ihm aufgefallen, dass in der „Doppeleiche“ in der Großen Straße etliche Äste auf Seiten des Fuß- und Radweges abgestorben sind und aus diesem Grunde möglicherweise eine Gefährdung darstellen.

Im Bereich des Regionalbahnhofes sind in den vergangenen Jahren drei große Bäume gefällt worden. Die Baumstümpfe wurden durch Barken gesichert. Er bittet um Auskunft, ob diese noch ausgefräst werden und wann hier eine Ersatzpflanzung vorgenommen wird.

Die Verwaltung antwortet hierzu, dass der Pflegeschnitt der Linden in diesem Jahr erfolgt und die Neupflanzung erst in Zusammenhang mit der Neugestaltung des neuen Bahnhofumfeldes geplant sei.

Abschließend teilt Herr Fleischer mit, dass aus seiner Sicht in der Vorlage Nr. 2024/033 die Neutralität der Verwaltung bei der Wortwahl nicht gegeben sei, sondern hier vielmehr die persönliche Meinung des Verfassers wider gegeben wird. Als Beispiel nennt er den unter Punkt Sachverhalt Absatz 1 lautenden ersten Satz „Die Handlungserfordernisse gründen...motorisierten Individualverkehrs zwingend notwendig.“

Er bittet, künftige Beschlussvorlagen sachlicher zu formulieren.

Weitere Fragen werden nicht gestellt, sodass der Ausschussvorsitzende die Einwohnerfragestunde schließt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 27.06.2024 vorgeschlagene Tagesordnung und teilt mit, dass die Tagesordnung um die Abstimmung der Niederschrift des UA/04/2024 aus der gemeinsamen Sitzung mit dem BKSA ergänzt werden muss.

Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des UA-Vorsitzenden auf Änderung der Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Weitere Änderungswünsche gibt es nicht, sodass der Vorsitzende im Anschluss über die geänderte Tagesordnung abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Umweltausschuss hat insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2024 vom 02.05.2024

Einwendungen gibt es nicht; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2024 vom 12.06.2024

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Abschlussbericht Förderprogramm Privater Energieerzeugungsanlagen

Insgesamt wurden durch das Förderprogramm drei Solarthermie-, 107 PV-Anlagen und 24 Wärmepumpen, in Summe 134 Energieerzeugungsanlagen auf selbst genutzten privaten Wohnhäusern in Ahrensburg gefördert.

Der umfangreiche Bericht ist diesem Protokoll in **Anlage** beigelegt.

7.2.2. Aalfangpark, öffentlicher Grillplatz

In der Umweltausschusssitzung am 08.05.2024 wurde beklagt, dass im Aalfangpark keine Papierkörbe vorhanden seien. Es wurde angeregt, am Grillplatz ein Hinweisschild zur Müllentsorgung zu montieren - siehe Punkt 9 des Protokolls zur o. g. Sitzung.

Die Verwaltung stellt dazu fest, dass im Aalfangpark selbst zwei Papierkörbe vorhanden sind. Ein weiterer befindet sich in der Nähe am Rande des Schulgeländes.

Einer der vorhandenen Papierkörbe befindet sich nur etwa 15 m vom Grill entfernt. Von der Bank an der Grillstelle schaut man direkt auf diesen Behälter. Es gab im April 2024 die Beschwerde einer Anwohnerin wegen mehrfacher Verschmutzung der Umgebung des Grills. Tatsächlich war der Papierkorb bereits gefüllt und die Grillnutzer hatten die zusätzlichen Abfälle an den Fuß des Papierkorbes gestellt. Mit dem Bauhof wurde verabredet, neben den am Grillplatz vorhandenen einen weiteren Papierkorb aufzustellen. Die Montage soll in den nächsten Wochen erfolgen. Derzeit besteht aufgrund des schlechteren Wetters keine weitere Überfüllung des Papierkorbes.



7.2.3. Öffentliche Fläche im Waldemar-Bonsels-Weg

Die Eichenspaltpfähle sind noch nicht gesetzt worden, dies wird wahrscheinlich auch erst nach den Sommerferien erfolgen können. Die Kapazitäten des Bauhofes werden derzeit benötigt, um die vielen Schäden an Straßen und Fußwegen zu reparieren. Der Bauhof hilft hier dem unterbesetzten Fachdienst Straßenwesen bei der Abarbeitung der Aufgaben.

7.2.4. Straßenbaum in Schiefelage

In den Schneckeln bei der Fußgängerunterführung am Bahnhof stehen zwei der Amberbäume schief. Der Bauhof wird zunächst versuchen die beiden Bäume mittels Pfosten wiederaufzurichten. Derzeit gehen wir davon aus, dass die Bäume durch das Wachsen in den Schrägstand versuchen, mehr Platz für ihre Kronen zu schaffen. Hierzu wird es im Herbst mit dem Bauhof weitere Überlegungen geben.

7.2.5. Baumaßnahme „Alte Reitbahn“

Die Stadt Ahrensburg ist mit den Landschaftsarchitekten im regen Austausch über den neu zu erstellenden Geh- und Radweg als Verlängerung des Wanderwegs Reesenbüttler Graben. Die Arbeiten für die Außenanlagen sollen nach derzeitigem Stand voraussichtlich Ende Oktober 2024 beginnen. Ein Fertigstellungstermin lässt sich aufgrund der Bauphase über den Winter nicht seriös benennen.

7.2.6. Schottergärten

Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung hat am 24.11.2020 eine E-Mail zum Thema Umgang mit so genannten Schottergärten versandt. In dem Zusammenhang wird auf die Landesbauordnung § 8 Absatz 1 Satz 1 hingewiesen. Zitat: „Nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke, Kleinkinderspielplätze

(1) Die nicht mit Gebäuden oder vergleichbaren baulichen Anlagen überbauten Flächen der bebauten Grundstücke sind

1. wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und
2. zu begrünen oder zu bepflanzen, soweit dem nicht die Erfordernisse einer anderen zulässigen Verwendung der Flächen entgegenstehen.“

Im Hinweis aus dem Ministerium heißt es, dass auf den Flächen die Vegetation überwiegen muss. Dabei sei es unerheblich, ob die Schotterflächen mit oder ohne Unterfolie ausgeführt werden. Zuständig für die Überwachung der Einhaltung sind die unteren Bauaufsichtsbehörden. Jeder einzelne Fall müsste bei Verstoß über bauaufsichtliches Einschreiten verfolgt werden, eine ordnungsgemäße Begrünung ist schriftlich anzuordnen und die Überwachung der Umsetzung zu begleiten.

Hierfür sind derzeit keine personellen Kapazitäten im Rathaus vorhanden. Der Erteilung von Baugenehmigungen für u. a. dringend benötigtem Wohnraum soll Vorrang eingeräumt werden. Als Vorschlag der Verwaltung soll daher nach der Sommerpause ein Flyer erstellt und verteilt werden, der die rechtlichen Grundlagen erläutert und positive Vorschläge unterbreitet. Außerdem soll es einen Bericht auf der Homepage geben.

7.2.7. Muslimisches Grabfeld auf dem neuen Teil des Friedhofs

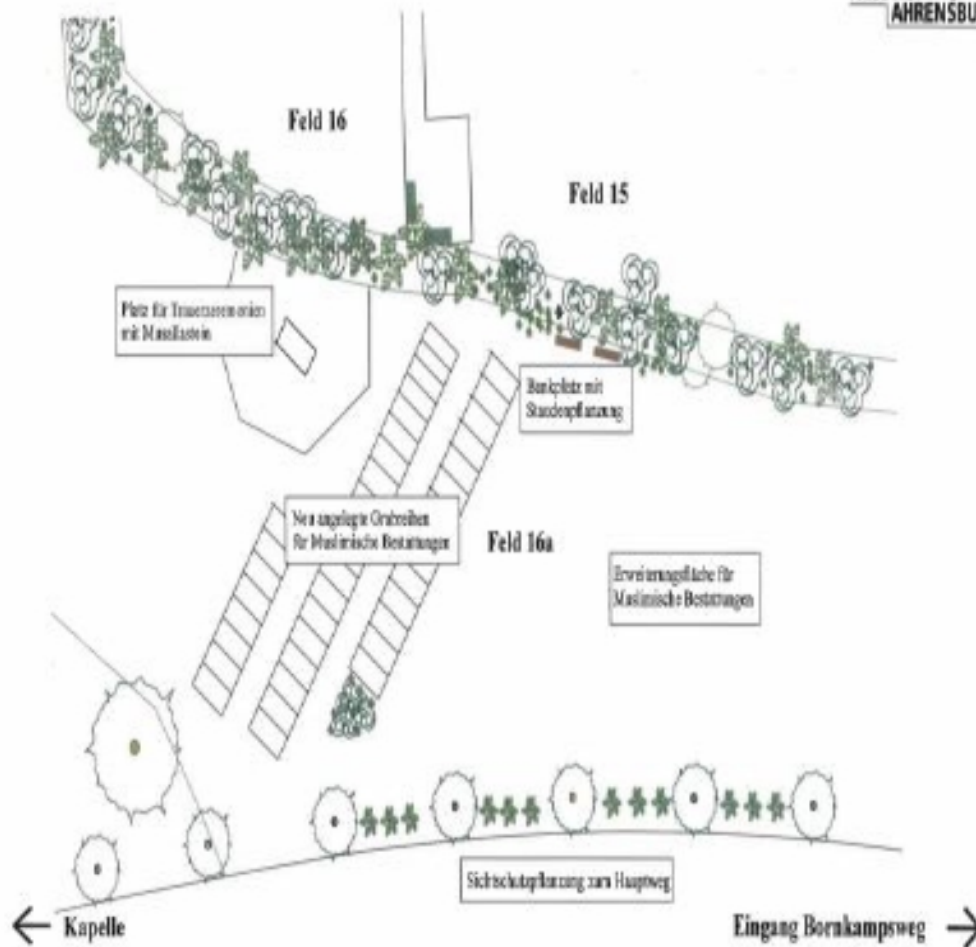
Die Stadt Ahrensburg hat mit der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ahrensburg eine Vereinbarung geschlossen, wonach die Stadt seit Anfang 1995 den Friedhof am Bornkampsweg der Kirchengemeinde in alleinige Trägerschaft unentgeltlich überträgt, die im Gegenzuge die Aufgabe des kommunalen Bestattungswesens gewährleistet.

Diese Vereinbarung wurde erneut angepasst und hat wegen der erfolgreichen Zusammenarbeit nunmehr eine Laufzeit bis mindestens Ende 2043.

Die Kirchengemeinde hat sich unter anderem verpflichtet, den Gleichheitsgrundsatz zu beachten und keine Regelung zu schaffen, wonach die Bestattungsgebühren nach dem Bekenntnis differenziert berechnet werden oder die Wahl der Grabstätte vom Bekenntnis abhängig gemacht wird. Wie bereits in der Vorlage Nr. 2023/055 berichtet, wird diese Offenheit vom Träger von Beginn an gelebt und aktuell überdeutlich an dem Bestreben, in Zusammenarbeit mit dem **Türkisch Islamischen Kulturverein e. V. Ahrensburg** ein Muslimisches Grabfeld einzurichten. Der ehemalige städtische Friedhof mit seiner landschaftlichen und gärtnerischen Gestaltung fällt in die Zuständigkeit des Umweltausschusses. Insofern ist dieser auch zu informieren über Grundsatzentscheidungen, insbesondere langfristig wirkende. Dem kommt die Verwaltung nach, indem über die ausgehandelte Vereinbarung mit dem **Türkisch Islamischen Kulturverein e. V. Ahrensburg** berichtet wird, den die Stadt Ahrensburg als Grundeigentümerin gegen- bzw. mitunterzeichnen soll.

Danach soll das Muslimische Grabfeld östlich des Weges zwischen Haupteingang Bornkampsweg und der neuen Kapelle entstehen. Es hat eine angemessene Größe.

Neugestaltung Feld 16a in ein Muslimisches Grabfeld



Grundsätzlich wird das bestehende Satzungsrecht etwa mit den begrenzten Liegezeiten anerkannt, gleichzeitig werden aber auch die kulturellen Besonderheiten aufgegriffen und geregelt: So gibt es besondere Belegungs- und Grabvorschriften (Gewährleisten des Blicks Richtung Mekka) sowie Regelungen zur Beisetzung- und Trauerzeremonie.

Während die Gestattung zur Errichtung eines steinernen Gebetstisches erteilt wird, ist der Bau eines Waschraumes nicht vorgesehen. Die Nutzung des Muslimischen Grabfeldes ist insofern eingeschränkt, als ein Anspruch nur für Personen besteht, die im Bereich der Stadt Ahrensburg oder der Kirchengemeinde gelebt haben; die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung des Friedhofsträgers.

Der Umweltausschuss nimmt von der Errichtung des Grabfeldes Kenntnis.

7.2.8. Müllgefäße im Bereich des Wochenmarktes/Rathausplatz

Auf dem Rathausplatz befinden sich 8 x 100 L Papierkörbe. Die Leerung erfolgt 3 x wöchentlich (Mo., Mi. und Fr.) durch Mitarbeiter des Bauhofes.

Im Bereich der Eisdiele sind die vorhandenen Papierkörbe bei gutem Wetter schnell voll. Um dem Abhilfe zu schaffen, wurde die Eisdiele bereits im Jahr 2021 aufgefordert, zusätzliche Müllgefäße aufzustellen, als auch die Freisitzfläche und Umgebung sauber zu halten.

Die Installation von Unterflursystemen sind mit enormen Kosten, sowohl für den Bau, als auch für die Technik zum Entleeren, verbunden. Fraglich ist auch, ob eine Installation auf dem Rathausplatz aufgrund der Tiefgarage möglich ist.

Die Mitglieder des UA-Ausschusses bitten, unter Berücksichtigung des neu belebten Wochenmarktes noch einmal um Prüfung, ob es mittwochs bzw. samstags eine weitere Möglichkeit zur Entsorgung des anfallenden Mülls, welcher maßgeblich bei der Durchführung des Wochenmarktes entsteht, gibt.

7.2.9. PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften

Die Ergebnisse der statischen Prüfungen von den Dächern von vier Ahrensburger Schulen auf Eignung für die Installation von PV-Anlagen wurde Anfang Juli vorgelegt. Das Ergebnis sowie Größe und Kosten der möglichen Anlagen sind der Übersicht in Anlage, Seite 3 - 5 zu entnehmen. Dabei sind die maximal zu erwartenden Kosten angegeben. Aufgrund der Größe der Anlagen können diese auch bis zu 10 % geringer ausfallen.

Ursprünglich wurde der Alfred-Rust-Saal bzgl. der Eignung für PV untersucht. Leider wurde im April festgestellt, dass das Dach des Saals undicht ist. Aktuell wird geprüft, ob das Dach repariert werden kann oder in Gänze saniert werden muss. Die Installation der PV-Anlage wird daher zurückgestellt und geprüft, ob zunächst andere Dächer der SLG für die PV-Installation vorgezogen werden können.

Zeitplan: Die Verwaltung bereitet demnächst die Bauanträge vor, mit der Genehmigung wird bis Ende 2024 gerechnet. Die technische Planung der Anlagen kann auch beauftragt werden. Die Installationen können in 2025 gestartet werden.

Finanzierung: Mit dem für 2024 vorhandenen und per Nachtragshaushalt nach 2025 verschobenen Budget können drei der Schulen mit PV ausgestattet werden.

7.2.10. Konzept für Klimaanpassung des Kreises Stormarn

Am 14.06.2024 erfolgte im Kreistag die offizielle Beschlussfassung des Klimaanpassungskonzepts und dessen Umsetzung.

Es wurden insgesamt 33 Maßnahmen entwickelt und davon zwölf Maßnahmen als prioritär eingestuft, letztere sollen innerhalb der nächsten drei Jahre im Rahmen des Anschlussvorhabens umgesetzt werden.

Da es sich um ein Konzept im Zuständigkeitsbereich des Kreises handelt, haben die Maßnahmen vor allem eine unterstützende, beratende und konzeptionelle Funktion. Teils werden Leitfäden erarbeitet, die den Gemeinden dann zur Verfügung gestellt werden (z. B. Hitzeaktionsplan). Andererseits wird der Kreis bei der Erarbeitung einiger Maßnahmen auch auf Ahrensburg zugehen und um eine mögliche Beteiligung bitten (z. B. Leitfaden Klimaanpassung in der Planung).

Das Konzept ist dieser Niederschrift in **Anlage** beigelegt.

Link zum Download des Konzepts:

<https://www.kreis-stormarn.de/service/lvw/leistungen/index.html?lid=584>

Bei der Konzepterstellung wurde eine öffentliche Umfrage durchgeführt, wo Betroffenheit bzgl. der Klimawandelfolgen auftreten. Im Raum Ahrensburg wurden Meldungen zu Hitze, Starkregenfolgen, Trockenheit und Starkwind gemacht. Sie finden die Meldungen hier: www.ideenkarte.de/stormarn.

7.2.11. Bericht zur S4

Am 08.07.2024 traf sich eine Delegation aus Ahrensburg, bestehend aus den beiden Stadtverordneten Herrn Randschau und Herrn Köpke, Herrn Richter, Fachdienst Grünflächen und Klimaschutz, und Herrn de Vries, ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter der Stadt Ahrensburg und Vorsitzender des Vereins Jordsand, mit der Fachdienstleiterin der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) Frau Klann und ihrer Mitarbeiterin Frau Finger-Clasen.

Ziel war es, die Arbeit der AG S4 stärker mit den Aktivitäten der UNB zu koordinieren, da die Vertretung der Naturschutzbelange im Tunneltal und im Bereich der Aue alleine in die Zuständigkeit der UNB fällt und diese alleine in vollem Umfang einspruchsberechtigt ist. Die Stadt Ahrensburg hat lediglich als Grundstückseigentümerin bestimmte Einspruchsmöglichkeiten, nicht aber in übergeordneten Naturschutz-Belangen wie im Fall der S4.

Die UNB hat im Gespräch zugesagt, dass sie sich bei der Bahn um ein gemeinsames Arbeitsgespräch mit Vertreterinnen der UNB, den Ahrensburger Fraktionen und der Bahn bemühen wird. Ahrensburg wird von seiner Seite aus ebenfalls versuchen, ein solches Gespräch anzuschließen.

Die UNB hat außerdem zugesagt, zunächst behördenintern zur S4-Problematik beim Umweltministerium in Kiel vorzufühlen, ob ein direktes Gespräch mit der zuständigen Staatssekretärin unter Einbeziehung der UNB und der oberen Naturschutzbehörde für sinnvoll erachtet wird.

Auf jeden Fall wird die UNB dem Ministerium die alarmierenden Gutachten zu den geplanten Baumaßnahmen im Tunneltal unseres Gutachters, dem Hydrogeologen Dipl.-Ing. Rainer Pingel, zur Kenntnis bringen.

Ebenfalls wird die UNB sich nach dem Stand des längst fälligen Monitoring Prozesses des FFH-Managements Plans erkundigen. Die Ahrensburger Verwaltung wird der UNB detailliert angeben, wo das Papier aus fachlicher Sicht überholt bzw. fehlerhaft ist.

Unabhängig davon wird Herr Richter mit fachlichen Unterstützung der UNB und in Zusammenarbeit mit Amphibien-Experten wie Frau Unglaub den Ahrensburger Forstbewirtschaftungsplan nach den Regeln des allgemeinen Naturschutzes und den Erfordernissen eines ökologischen Waldumbaus überarbeiten und aktualisieren.

Am 09.07.2024 fand ein Arbeitstreffen zwischen Planer*innen der DB Netz und Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung sowie dem Gutachter Dipl. Ing Pingel, Herrn de Vries und Frau Finger-Clasen (UNB) statt.

Eingangs wurde die Frage aufgeworfen, ob der Planungsstand der DB Netz aus dem Jahre 2016 noch zeitgemäß sei und in allen Teilen dem aktuellen Stand der Technik entspreche.

In den letzten acht Jahren hat sich auf dem Gebiet der Naturschutzgesetzgebung sehr viel geändert, dem nach Meinung der Ahrensburger Vertreter*innen die Planung der Bahn in Bezug auf Klima-, Natur- und Artenschutz nicht mehr entsprechen. Es wurde auch auf bereits eingetretene Fehlplanungen z. B. im neuen Bahnhof Lübeck-Moisling hingewiesen. Darauf gab es keine Antwort.

Herr de Vries wies darauf hin, dass der Verein Jordsand klageberechtigt sei und dies angesichts der vor diesem Gesichtspunkt bestehenden eklatanten Planungsmängel auch nutzen werde. Außerdem werde er bei der für die FFH-Gebiete zuständigen Stelle in Brüssel auf die aus seiner Ansicht nach unhaltbare Situation und die großen bevorstehenden Gebietsverluste des Tunneltals durch die Baumaßnahmen Beschwerde einlegen.

Die Ahrensburger Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik wiesen noch einmal eindringlich darauf hin, dass man die S4 wolle und keine Klage anstrebe. Man machte den Vertreter*innen der Bahn erneut den Vorschlag einer Arbeitsgruppe, um die anstehenden Probleme gemeinsam zu lösen. Die Vertreter*innen der Bahn reagierten eher verhalten auf diesen Vorschlag. Ein Versuch, konkret über die notwendigen Kleintierdurchlässe unter den Gleisen und über Öffnungen für Wildwechsel zu sprechen, gelang nicht. Die Vorschläge Ahrensburgs wurden als „schwierig“ zurückgewiesen, ein eigener Lösungsansatz wurde aber nicht in Aussicht gestellt. Immerhin wurde vereinbart, dieses Gesprächsformat in kleinerer Besetzung in Präsenz fortzuführen.

Dieses zweite Gespräch muss wohl eher als unergiebig bezeichnet werden. Beide Gespräche verdeutlichen aber den engen Schulterschluss zwischen Verwaltung, Politik und externen Fachleuten in Ahrensburg und das gemeinsame intensive, nicht nachlassende Bemühen, zu einer für Ahrensburg und das Tunneltal befriedigenden Lösung zu kommen.

Die Berichte werden vom Gremium zur Kenntnis genommen.

8. Ahrensburg Mobil (Projekt-Nr. 810 - Mobilitätskonzept) - Konzept und Investive Maßnahme

Die Verwaltung erläutert die Vorlage und geht hierbei insbesondere auf zwei Aspekte ein:

1. Die Mobilitätsstation auf der Ostseite des Bahnhofs Gartenholz soll als Pilotverfahren kurzfristig realisiert werden. Der ausgewählte Standort liegt außerhalb der derzeit aufgezeigten Baustelleneinrichtungsfläche für das S4-Projekt. Die Station wäre aber auch ohne großen Aufwand notfalls umzusetzen.
2. Die Fördermöglichkeiten haben sich im Laufe des Verfahrens geändert, die Förderzusagen liegen auf Basis der Abb. 6 im Sachverhalt der Vorlage vor, wobei die FAG- Mittel nur bei einer Verwendung im Jahr 2024 zu erhalten sind.

In der anschließenden Beratung stellt die Verwaltung klar, dass die Mobilitätsstation im Kern aus einer abschließbaren Fahrradabstellanlage besteht. Das Ausleihen von Fahrrädern sei im laufenden Erarbeitungsprozess des Konzeptes verworfen worden; der Fahrradschlauchautomat wird nur realisiert, wenn dieser durch einen verlässlichen örtlichen Händler betriebe wird.

Ausschussmitglieder fordern die Verwaltung auf, darüber hinaus intern kritisch den Bedarf nach Akkuladestationen zu prüfen, da dieses Angebot bei der Anlage in der Ladestraße kaum angenommen werden. In diesem Fall sollte sie entfallen. Mit Hinweis auf die Finanzlage der Stadt plädiert der BPA, sich auf das Pilotprojekt zu fokussieren und die Annahme der betriebenen Station abzuwarten, bevor in einem zeitlichen Abstand ggf. die drei kleineren Standorte konkret in Angriff genommen werden. Der Austausch zu den Gewerbetreibenden sollte während dieser Pilotphase aktiv betrieben werden. Sodann empfiehlt der BPA dem federführenden und entscheidenden Umweltausschuss, dem Beschlussvorschlag mit den Maßgaben zuzustimmen, dass

- zu 1.** das Mobilitätskonzept noch nicht endgültig beschlossen, sondern zunächst als Basis für das Pilotprojekt am Bahnhof Gartenholz angesehen wird und
- zu 2.** der Aufhebung des Sperrvermerks für das Pilotprojekt am Bahnhof Gartenholz nur in dem Umfang zugestimmt wird, um die Mobilitätsstation - wie beraten - am Bahnhof Gartenholz zeitnah zu realisieren.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2024

Der Ausschussvorsitzende verliest den Beschlussvorschlag **2024/047**, über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der I. Nachtragshaushaltssatzung und –plan 2024, in der Anlage beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

10. Sachstandsbericht Kommunale Wärmeplanung

Der Ausschussvorsitzender übergibt das Wort an Frau Kubitza (Klimamanagerin). Frau Kubitza stellt den in Kooperation mit der externen Beraterfirma OCF erarbeitenden Sachstand der Wärmeplanung vor.

Hierbei erläutert Sie das Ergebnis von OCF zu den Eignungsgebieten sowie die geplanten Maßnahmen anhand einer Präsentation, welche dieser Niederschrift in **Anlage** beigefügt ist.

Im Anschluss gibt es die Gelegenheit zum offenen Austausch und Zeit für Fragen. Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion bittet um Ergänzung der Präsentation um die Zeiten zur geplante Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen.

Seitens der SPD-Fraktion wird über die Veröffentlichung des Sachstandes Skepsis geäußert. Aus Sicht der Fraktion erwarten die Bürger, auch in Hinblick auf die durchgeführte Informationsveranstaltung, konkrete Antworten zur geplanten Wärmeplanung.

Hierzu teilt Frau Kubitza mit, dass die Zwischenstände der Wärmeplanung bereits auf der Homepage der Stadt Ahrensburg veröffentlicht wurden und Bürgerinnen und Bürger mit konkreten Fragen bei der Verwaltung vorstellig werden und dort entsprechende Antworten erhalten.

Zum Abschluss bittet Frau Kubitza um Klärung, ob der folgende Punkt über die Rechtswirksamkeit des Beschlusses innerhalb dieser Sitzung geklärt werden soll oder dies in der kommenden Sitzung des UA erfolgen soll.

Abschließend erfragt die Klimamanagerin, ob die Beantwortung der Fragen, welche von den Fraktionsvorsitzenden mit Schreiben vom 27.05.2024 an Sie gerichtet wurden, in der nächsten Sitzung des Ausschusses, die Anwesenheit der aller Fraktionsvorsitzenden vorausgesetzt, erfolgen soll.

Unter Berücksichtigung der weiteren Planung bittet der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion folgend um Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Was war genau der Auftragsgegenstand, welcher mit der Firma OCF vereinbart wurde? Aus Sicht der SPD-Fraktion geht dies nicht eindeutig aus dem vorliegenden Leistungsverzeichnis vom 12.06.2024 hervor.

Frau Kubitza erklärt, dass eine genaue Kostenberechnung aufgrund der vorliegenden Datenlage in der Machbarkeitsstudie erfolgt. Die detaillierte Betrachtung von Potentialflächen erfolgt ausschließlich in den Bereichen von Netzeignungs-/Ausbau- und Verdichtungsgebieten. Das Leistungsverzeichnis, welches mit OCF abgestimmt wurde, war Anlage der Präsentation des Berichtes in der Sitzung des UA/06/2024.

Abschließend bittet die SPD-Fraktion um Beantwortung zu möglichen freien Kapazitäten der MVA in Stapelfeld.

Eine entsprechende Nachfrage beim Betreiber der MVA ergab eine bereits vollständige Ausschöpfung der vorhandenen Abwärme-Kapazitäten der noch im Bau befindlichen Anlage. Lediglich eine eventuelle Abwärme-Gewinnung aus dem Rauchgas, welches jedoch noch nicht in Planung ist bzw. keine Kostenermittlung vorliegt, könnte weiterverfolgt werden.

Herr Randschau bittet noch einmal um Klärung der weitergehenden Betrachtung von Potentialen im Bereich von Netzeignungs-/Ausbau- und Prüfgebieten.

Ausschussmitglied Schmidt erklärt, dass die Ausführungen von Frau Kubitza ausreichend waren und die MVA als mögliche Wärmequelle nicht weiter betrachtet werden sollte.

Im Ergebnis bitten die Hauptausschussmitglieder um eine erneute Berichterstattung im Herbst 2024 zu den konkreten Projekten.

11. Anfragen, Anregungen, Hinweise

11.1. Überörtliche Radschnellwege

Herr Randschau bittet, nach der aktuellen Entscheidung der Stadt Hamburg zu den überörtlichen Radschnellwegen im Rahmen der eigenen Überlegungen zur Radverkehrsplanung, die innerörtlichen Verkehrswege in den Fokus zu rücken.

Hier sollten die vorhandenen Wegführungen der Velorouten an der einen oder anderen Stelle, wie z. B. über das Rondeel, neu betrachtet werden.

Frau Dullweber wünscht in diesem Zusammenhang ebenso um Betrachtung der weiterführenden Wegführungen auf Kreisebene, z. B. in Richtung Bargteheide.

11.2. Heckenrückschnitt

Herr Wagner erfragt den Rückstand des Heckenrückschnittes der städtischen Grünpflege. Z. B. im Bereich des Aalfangparks, Hamburger Straße, Grünfläche um die Kaiser-Wilhelm-Allee, Parkplatz am Fahrstuhl tunnel (Manhagener Allee?? - Reitsport Stadt) Hecke im Bereich Brauner Hirsch/Ecke Pionierweg sowie der gesamte Verlauf Radweg im Wulfsdorfer Weg. Aus seiner Sicht wirkt das Stadtbild in diesen Bereichen ungepflegt.

Die Verwaltung antwortet hierzu, dass die Mitarbeiter des Bauhofs zurzeit noch mit den Reparaturarbeiten der Straßen beschäftigt seien und durch die der Vegetation begünstigende Wetterlage derzeit ein erhöhtes Wachstum zu verzeichnen ist. Die ausstehenden Form- und Pflegeschnitte können auch ohne die Berücksichtigung des Vogelschutzes durchgeführt werden. Die Verwaltung gibt diese Anmerkung an den Bauhof weiter.

Herr Schmidt erläutert die aus seiner Sicht höhere Gewichtung der derzeitigen Fahrbahnreparaturarbeiten im Vergleich zur Grünpflege. Eine Vergleichbarkeit zu den geforderten Pflegearbeiten privater Grundstückseigentümer sollte in diesem Zusammenhang nicht erfolgen.

Hiernach merkt Herr Randschau an, dass die Stadt Ahrensburg ebenso wie Privatpersonen eine Verkehrssicherungspflicht im Bereich Ihrer Liegenschaften hat und man es für argumentativ für sehr schwierig erachtet, in diesem Zusammenhang mit zweierlei Maß zu handeln.

So wurde ihm mehrfach zugetragen, dass derzeit ein Mitarbeiter des Bauhofes sehr akribisch mit dem Maßband unterwegs sei. In diesem Zusammenhang bittet er um einen gemäßigten Umgang mit den privaten Grundstückseigentümern und erinnert noch einmal an den Bericht in den öffentlichen-rechtlichen Medien, dessen Wiederholung es zu verhindern gilt.

Hiernach bittet Herr Schmidt um Auskunft und Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sehen derzeit die Kapazitäten des Bauhofes aus?
2. Wie werden diese zurzeit eingesetzt?
3. Wie viele offene Stellen gibt es derzeit im Bauhof?

Die Verwaltung teilt mit, dass die Beantwortung im zuständigen Werkausschuss erfolgen wird.

Die Verwaltung merkt an, dass der Bauhof durch verschiedene Aktionen sehr bemüht ist, entsprechendes Personal zu gewinnen. Jedoch bis zum heutigen Zeitpunkt ohne den gewünschten Erfolg.

11.3. Plakatierung der „Fridays for Future“-Bewegung

Herr Wagner teilt mit, dass im Zeitrahmen der Europawahl 2024 von der „Fridays for future“-Bewegung das gesamte Stadtgebiet mit genehmigungspflichtigen Plakaten versehen wurde. Mittlerweile zerfallen die Plakate in Ihre Bestandteile, sodass Papierreste einerseits großflächig den gesamten Innenstadtbereich verunreinigen bzw. andererseits die Plakatrückstände weiterhin im gesamten Stadt Gebiet anzufinden sind.

Die Verwaltung sichert zu, die Verursacher entsprechend zur Beseitigung der Plakate aufzufordern.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22:45 Uhr.

gez. Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Vorsitzender

gez. Claudia Cornehl
Protokollführerin